

Pressemitteilung Nr. 12 / 2020 vom 01. April 2020

GEW Bayern fordert Schutzmaßnahmen auch für stationäre Einrichtungen

Ob Wohnheime für Geflüchtete, Jugendwohngruppen, Notaufnahmestellen oder Heime der Behindertenhilfe, überall ist das Bild gerade ähnlich: keine wirksamen Schutzmaßnahmen, kein koordiniertes Vorgehen und viele Ängste. Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert daher von der Politik die stationären Einrichtungen nicht alleine zu lassen, denn gerade hier leben viele Menschen, die zu den Risikogruppen zählen

In all diesen Einrichtungen leben Menschen eng zusammen und werden von einem Team von Kolleg*innen im Schichtdienst oder tagsüber betreut. Über Schutzausrüstung für den Fall einer Infektion im Haus verfügt derzeit keine der uns bekannten Einrichtungen. Die Beschäftigten bekommen keine Leitlinien an die Hand, wie im Falle von Infektionen vorzugehen ist. „Es besteht die große Gefahr, dass die Beschäftigten den Virus in die Einrichtungen bringen, ohne es zu ahnen“ verdeutlicht Mario Schwandt, Gewerkschaftssekretär der GEW Bayern die Gefahr und ergänzt: „Für diesen Fall muss nun geplant werden. Neben angepassten Hygieneplänen und Alltagsregeln geht es vor allem auch um Notfallpläne im Falle bekannt gewordener Infektionen.“

Auch die Dienstplanung würde derzeit oft nicht auf die Krise umgestellt. Es ist jetzt absolut notwendig, kleine, getrennte Gruppen zu bilden, die von wöchentlich wechselnden und vor allem gleichbleibenden Teams betreut werden. „So wären immer noch Mitarbeiter*innen verfügbar, die im Falle der Quarantäne der Einrichtung für die Kolleg*innen einspringen können, die dann selbst in Quarantäne müssten“ so Schwandt weiter. Natürlich gehe das nur mit entsprechendem Schutz. Bei der Übergabe keinen Kontakt zu haben, ist oft keine Lösung. Im Alltag würden sich die Kolleg*innen nicht ausreichend von den Betreuten distanzieren können, sodass damit zu rechnen sei, dass alle Kolleg*innen infiziert werden, die regelmäßig Dienste leisten. Erfahrene Fachkräfte können nun zudem aus anderen Bereichen herangeholt werden, wobei die GEW hier dringend Freiwilligkeit fordert. Das neue Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) könnte auch dabei helfen, vorrübergehend mehr Personal zu gewinnen.

„Aktuell ist aus einigen Altenheimen in der Republik bekannt, was dies im Ernstfall für die stationären Einrichtungen für Geflüchtete, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen bedeutet: großes Leid und im schlimmsten Fall Tote“ fasst Anton Salzbrunn, Vorsitzender der GEW Bayern den Ernst der Lage zusammen.

Soziale Distanz ist in den chronisch überfüllten und viel zu kleinen Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete gar nicht erst möglich. Die GEW fordert daher nun freigebliebene Hotelkapazitäten zu nutzen, um die Bewohner*innen räumlich zu entzerren. Ein ähnliches Modell ist für Notaufnahmestellen für Kinder- und Jugendliche möglich. Im Falle von Infektionen in einer der Einrichtungen ist eine sinnvolle Quarantäne derzeit kaum möglich. Es mangelt an allem: Leitlinien, Schutzausrüstung und Schulung.

Aus Behinderteneinrichtungen ist zudem bekannt, dass dort in einigen Betrieben eine große Zahl Bewohner*innen der Hochrisikogruppe lebt. Corona könnte dort zu katastrophalen Zuständen führen, wenn nicht dringend professionell gehandelt wird. Besonders hier sieht die Gewerkschaft dringenden Handlungsbedarf.

Bei Fragen stehen gerne zur Verfügung:

Mario Schwandt, Gewerkschaftssekretär der GEW Bayern, Telefon: 0911 289 204,
E-Mail: mario.schwandt@gew-bayern.de

Anton Salzbrunn, Vorsitzender der GEW, Tel. 0176 / 65 54 40 36

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, GEW Bayern, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 0171/6760000